

**Jürgen Kerner**  
**Hauptkassierer der IG Metall**



**1. Mai: Wir sind viele. Wir sind eins.**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2017 in Emden**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich die letzten Tage die Newsticker im Internet verfolge, dann reibe ich mir die Augen: Führen die Arbeitgeber wieder Klassenkampf?

Der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände bläst zum Angriff auf die Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren. Die FDP stimmt ein, Teile der CDU auch.

Die sogenannte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, finanziert vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall, will ab 2030 das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung binden. Dann kommen bestimmt bald absurde Vorschläge wie von Ex-SPD-Mitglied und FDP-Unterstützer Wolfgang Clement, der 2012 die Rente mit 80 Jahren forderte. Oder wie von BDI-Präsident Ulrich Grillo, der vor eineinhalb Jahren mit der Rente mit 85 Jahren um die Ecke kam.

Fordern die jetzt die Rente mit 90?

Jedenfalls soll am besten alles flexibilisiert werden – vor allem die Arbeitszeiten.

Gesamtmetall und natürlich die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft marschieren voran. Letztere gibt ja ganz gern den Vorreiter, wenn es gegen die Beschäftigten geht. Beide geben sich selbst einen Heiligenschein und sagen, es gehe ihnen um Flexibilität für Unternehmen und Beschäftigte.

Nehmt Ihr den Herren das ab, Kolleginnen und Kollegen?

Ich nicht! Die bayerische Wirtschaft verhehlt nicht, wohin die Reise gehen soll:

Weg von der täglichen Betrachtung von Arbeitszeit – hin zur wöchentlichen Betrachtung mit 48 Stunden pro Woche. Eine tägliche Mindestruhezeit soll betrieblich entsprechend der jeweiligen Aufgaben und Tätigkeiten festgelegt werden.

Damit wären Tür und Tor offen! Wir Gewerkschaften halten dagegen, Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen zusammen!

„Wir sind viele. Wir sind eins.“ Das ist unser Motto für den 1. Mai 2017.

„Wir sind viele. Wir sind eins.“ – Das gefällt mir sehr gut!

Warum? Weil es unsere Ziele, unser Handeln, unsere Arbeit als

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf den Punkt bringt, Kolleginnen und Kollegen!

Ja, wir sind viele. Und wir sind gleichzeitig eins!  
Solidarität ist einer unserer Grundwerte – von Beginn an.

Vor 125 Jahren – vom 14. bis 18. März 1892 – fand in Halberstadt der erste Kongress der freien Gewerkschaften unter der Leitung von Carl Legien statt. Mit über 200 Delegierten als Vertreter von 50 Einzelgewerkschaften. Das war auch die Geburtsstunde unseres heutigen Gewerkschaftsbundes.

Carl Legien stellte damals fest:

*„Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu ebnet für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Versumpfung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstand zufällt, lösen zu können.“*

Das Zitat klingt für den einen oder anderen vielleicht antiquiert.

Und doch können wir problemlos anknüpfen.

Natürlich geht es uns auch heute um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Natürlich wollen die Beschäftigten vor Verelendung und Versumpfung bewahren. Wir nennen das heute den Kampf gegen die – neudeutsch – Prekarisierung. Und ja – ich bin durchaus der Meinung, dass wir auch für die von Carl Legien angeführte „höhere geistige Auffassung“ eine zeitgemäße Auslegung haben.

Wir in den Gewerkschaften unter dem Dach des DGB widersetzen uns dem marktradikalen und neoliberalen Glaubenssätzen des Wettbewerbs aller gegen alle. Wir widersetzen uns dem Egoismus. Für uns lässt sich der Mensch nicht als Marktteilnehmer definieren.

Für uns ist der Mensch ein gesellschaftliches, ein politisches Wesen. Ein „zoon politikon“, wie schon die alten Griechen wussten.

Gegen den Egoismus setzen wir die Solidarität – die Solidarität ist die „höhere geistige Auffassung“, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Solidarität ist die Grundlage unserer Arbeit, unserer Unabhängigkeit und unserer Stärke.

Wir sind nicht abhängig von Parteien. Auch nicht von staatlicher Anerkennung. Allein die eigenständige Kraft durch Millionen von Mitgliedern ist die Grundlage für die Arbeit des DGB.

Solidarität zeigen wir heute hier in Emden.

Solidarität zeigen wir heute in vielen, vielen deutschen Städten.

Wir kämpfen solidarisch für unsere Rechte und bessere Bedingungen in den Betrieben! Wir sind darüber hinaus ein Eckpfeiler unserer Demokratie und unseres sozialen Rechtsstaats. Wir kämpfen für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit! Wir treten gemeinsam ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa. Wir stehen auf gegen die Feinde der Demokratie! Gegen ihre Hasstiraden auf Flüchtlinge und den Islam!

Gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt! Egal von wem sie ausgehen!

Die Verunsicherung der Menschen steigt. Wir nehmen die Sorgen und Nöte ernst. Wir kehren Probleme nicht unter den Tisch. Wir wissen aber, dass es für die komplexen Herausforderungen unserer Zeit keine einfachen Lösungen gibt.

Deshalb ringen wir um Antworten, wir streiten für unsere Positionen und setzen uns demokratisch auseinander. Dabei lassen wir aber unsere Gesellschaft nicht spalten, Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen für Vielfalt in Einheit.

Wir stehen für Vielfalt in Einheit. Das gilt auch für Europa.

Wahr ist, dass die EU nicht immer den richtigen Pfad eingeschlagen hat.

Die neoliberale Politik der Deregulierung, die verfehlte Sparpolitik zeitigen/zeitigen? fatale Folgen. In einigen Ländern sind die Sozial- und Rentensysteme sowie die Tarifsysteme zusammengebrochen.

Wahr ist aber auch, dass wir die EU brauchen. Nationale Egoismen, Abschottung und Kleinstaaterei führen in die Sackgasse. Politisch und wirtschaftlich. Und zwar ganz schnell. Protektionismus und Abschottung sind Sackgassen in einer Welt sich globalisierender Wertschöpfungsketten.

Natürlich gefällt mir nicht jede Facette der sogenannten Globalisierung, wirklich nicht. Aber ich muss die Realität zur Kenntnis nehmen: Heute ist es eine Selbstverständlichkeit geworden, dass die internationalen, teilweise weltweiten Standorte eines Unternehmens im Verbund organisiert werden.

In Emden wurde vor kurzem die Fertigung des neuen VW Arteon gestartet. 2018 folgt ein Werk in den USA und danach kommt ein Werk in China.

Ich habe meine Gewerkschaftsarbeit bei Siemens begonnen, war Betriebsrat und VK-Leiter. Das Siemens-Werk in Amberg – das Paradebeispiele der betrieblichen Umsetzung von Industrie 4.0 – hat sein Schwesterwerk im chinesischen Suzhou. Natürlich müssen uns als IG Metall da auch die Bedingungen im chinesischen Werk interessieren. Denn wir wollen nicht, dass sich die Belegschaften in Deutschland und in China auseinanderdividieren lassen.

Wir wollen die länder- und Kontinente übergreifende Kooperation der Beschäftigten fördern und voranbringen – und zwar über die Betriebe.

Das ist Teil der Gewerkschaftsarbeit im 21. Jahrhundert, Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind in der Welt internationaler, ja, globaler Wertschöpfungsketten angekommen, auch wenn wir nicht alles gut finden. Unternehmen und Branchen gestalten ihre Wertschöpfungsketten über Grenzen und Kontinente hinweg.

Unsere Aufgabe ist es, Beschäftigte, ihre betrieblichen Vertretungen und Gewerkschaften entlang globaler Wertschöpfungsketten zu vernetzen.

Unsere Aufgabe ist es, dem marktgerechten Freihandel den menschen- und umweltgerechten fairen Handel entgegenzusetzen.

Gegen Lohn- und Steuerdumping, gegen Ausbeutung und Billigstarbeit, gegen die Aushöhlung von sozialen und ökologischen Standards, gegen gnadenlosen Standortwettbewerb.

Für die gerechte Verteilung von Wohlfahrtsgewinnen, für den Ausbau und die gesetzliche Festschreibung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten, für Klima- und Umweltschutz.

Kolleginnen und Kollegen, fairer Handel heißt auch, Dumpingmethoden nicht zu akzeptieren. Und hier kommt es auf die EU an. Im EU-Binnenmarkt haben wir vor allem das Problem, dass unsere handelspolitischen Instrumente geschärft werden müssen.

Hier geht es um tausende Arbeitsplätze, zum Beispiel in den Grundstoffindustrien. Wir brauchen die EU – und doch steht das Projekt der europäischen Integration auf dem Spiel. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter machen wir uns Sorgen um Europa – große Sorgen.

Denkt an den Brexit, denkt an Ungarn oder denkt an die aufgeladene politische Situation in Italien, wo eventuell die Parlamentswahlen vorgezogen werden.

Und denkt vor allem an die Stichwahl in Frankreich am 7. Mai. Wenn die Rechtsextremistin Präsidentin werden sollte, dann könnte der Anfang vom Ende der Europäischen Union eingeläutet sein. Der europäische Boden ist fruchtbar für Rechtspopulismus und Chauvinismus. Auch in unserem Land.

Denkt aber auch an die Sprunghaftigkeit der Trump-Administration in den USA, denkt an die unverhohlenen Großmachtansprüche Russlands. Und denkt an die Krisen, Konflikte und Kriege im Nahen Osten und Afrika. Europa steht vor internen und externen Herausforderungen, vor Herausforderungen, die wir Europäer nur gemeinsam meistern können. Gemeinsam oder gar nicht, Kolleginnen und Kollegen!

Europa muss sein Gründungsversprechen aktualisieren: Wir stehen gemeinsam für Frieden, Wohlstand, sozialen Fortschritt und den gemeinsamen Kampf gegen Armut.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt darf Zukunftsinvestitionen nicht ersticken!  
Der Wettbewerb im Binnenmarkt darf nicht über Lohndumping ausgetragen werden!  
Die Binnenmarktfreiheiten dürfen nicht vor den sozialen Rechten der Beschäftigten stehen!

Wir stehen für das soziale Europa, Kolleginnen und Kollegen! Für das Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Wir brauchen ein starkes Europa, das den Wandel der Arbeitswelt mitgestaltet und vernünftige Regeln setzt.  
Denn der Wandel wird radikal – auch wenn wir das heute noch nicht so wahrnehmen.

Wir erleben zwar keine digitale Revolution, sondern eine Evolution der Digitalisierung, der Robotisierung, eine Evolution neuer Werkstoffe und neuer Technologien – im Zusammenspiel mit globalen Wertschöpfungsketten.

Das stellt Gewerkschaften und Betriebsräte vor enorme Herausforderungen!  
Denn wir müssen gleichzeitig den Müll der 1980er und 1990er Jahre entsorgen.  
Den Müll des Neoliberalismus – von deregulierten Arbeitsverhältnissen bis zum geschwächten Staat.  
Schritte in die richtige Richtung sind gemacht, weitere müssen folgen.

Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben werden. In vielen Fällen wird er aber immer noch umgangen. Wir brauchen schärfere Kontrollen und Sanktionen, Kolleginnen und Kollegen!

Die neuen gesetzlichen Regelungen zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen sind ein erster Meilenstein. Wir können uns aber nicht ausruhen! Noch immer haben es die Arbeitgeber viel zu leicht, Scheinwerkverträge abzuschließen. Noch immer sind die Regeln für Leiharbeit zu arbeitgeberorientiert.

Ein für alle Mal: Es darf keine Beschäftigten zweiter Klasse geben!  
Dazu gehört auch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen! Sie ist pure Willkür!

An all diesen Hebeln müssen wir in unserem Kampf gegen prekäre Arbeit, gegen die „Versumpfung“ von Arbeit ansetzen.

Die Arbeitgeber fordern für sich sichere Rahmenbedingungen, damit sie die Renditen steigern können. Aber sobald es um die soziale Sicherheit der Beschäftigten geht, schwafeln sie von Flexibilität und verweigern sich – für ihre Renditen, gegen uns Beschäftigte. Wir schauen dem nicht länger zu! Das neoliberale Zeitalter ist ein für alle Mal beendet – wir lassen uns nicht mehr in die Defensive drängen!

Wir sind in der Offensive! Mit unserer Rentenkampagne haben wir ein entscheidendes Wahlkampfthema gesetzt. Die Rente im Alter muss für ein Leben in Würde reichen! Wer will dieser Feststellung ernsthaft widersprechen?

Wohl niemand. Dann muss auch der Kurswechsel in der Rentenpolitik selbstverständlich sein! Derzeit liegt das gesetzliche Rentenniveau bei 48 Prozent. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird es absacken auf 42 Prozent.

Wir halten dagegen! In einem ersten Schritt müssen wir die gesetzliche Rente auf dem heutigen Niveau stabilisieren! In einem zweiten Schritt auf 50 Prozent anheben! Wir nehmen die Arbeitgeber und die Politik in die Verantwortung.

Für eine gute gesetzliche Rente brauchen wir die Erwerbstätigenversicherung. Eine starke Rentenversicherung bei stabilem Rentenniveau braucht eine breite Finanzierungsbasis. Dann rechnet sie sich auf jeden Fall.

Die individuelle Versorgung soll durch Betriebsrenten verbessert werden. Sie müssen tarifvertraglich vereinbart werden und vom Arbeitgeber mitfinanziert sein.

Kolleginnen und Kollegen, wir sagen Schluss mit dem Sinkflug beim Rentenniveau! Wer jahrzehntelang hart arbeitet und in die Rentenkasse einzahlt, der hat schlichtweg das Recht, seinen Ruhestand in Würde zu leben!

Wer das nicht begreifen will, der stellt sich außerhalb unseres gesellschaftlichen Konsenses. Und wir schauen auch nicht länger zu, wie sich die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkasse zu unseren Lasten entwickelt.

Die Beiträge der Arbeitgeber sind seit Jahren eingefroren, während die Zusatzbeiträge für die Beschäftigten steigen und steigen.

Das ist staatlich verordnete soziale Ungerechtigkeit!

Das ist ein Skandal, Kolleginnen und Kollegen!



Wir sagen klipp und klar in Richtung aller politischer Parteien: Langfristig brauchen wir die gesetzliche Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, um die wachsenden Ausgaben solidarisch zu schultern.

Aber die paritätische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkasse verlangen wir sofort! Schluss mit der staatlich verordneten Benachteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Parität jetzt!

Kolleginnen und Kollegen, auch die Arbeitslosenversicherung muss gestärkt werden. Es kann doch nicht sein, dass ein Viertel der Arbeitslosen direkt in Hartz IV-System abrutschen. Die Hürden für den Zugang zum Arbeitslosengeld I müssen gesenkt werden – nicht zuletzt für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Die Arbeitslosenversicherung muss Menschen durch den Strukturwandel begleiten. Zum Beispiel durch den Ausbau der Weiterbildungsberatung. Vor allem Ältere brauchen bei Arbeitslosigkeit mehr Weiterbildung und zusätzliche Integrationshilfen. Die Laufzeit des Arbeitslosengeldes ist anzupassen. Wer 55 Jahre alt ist, muss mindestens 24 Monate Arbeitslosengeld bekommen, 58-Jährige mindestens 30 Monate.

Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung – wir haben unsere Offensiven erst begonnen.

Lasst sie uns gemeinsam in den Bundestagswahlkampf tragen, Kolleginnen und Kollegen! Jeder Partei, jeder möglichen Koalition müssen wir klar machen: Wir lassen uns nicht zum Spielball machen! Wer sich gegen die Beschäftigten stellt, der spielt nicht nur mit dem Feuer. Wer sich gegen uns stellt, dem machen wir Feuer unterm Hintern! Wir sind viele. Wir sind eins, Kolleginnen und Kollegen!

Auch die Teilzeit nehmen wir ins Visier. Fast 60 Prozent der Frauen arbeiten in Teilzeit, bei den Männern sind es 20 Prozent. Viele machen das nicht freiwillig. Meist sind es die Frauen, die sich um die Betreuung der Kinder oder die Pflege älterer Familienangehöriger kümmern. Und wenn sie dafür ihre Arbeitszeit reduzieren, droht die Teilzeitfalle. Zurück in den Vollzeitjob?

Ja nee, ist klar! Pfeifendeckel! Bis heute gilt: einmal Teilzeit – immer Teilzeit.  
Und jetzt blockieren CDU und CSU das Gesetz zur befristeten Teilzeit!

Es tut mir ja Leid, aber ich kann das nur so interpretieren: CDU und CSU stellen sich aktiv gegen unsere Kolleginnen, gegen die Gleichberechtigung!

Das ist nicht konservativ – das ist reaktionär, Kolleginnen und Kollegen!

Der Rechtsanspruch für Frauen auf Rückkehr in Vollzeit ist überfällig!

Und selbst bei den Kolleginnen in Vollzeit klafft dann immer noch die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern. Im Durchschnitt erhalten Frauen 21 Prozent weniger Lohn als Männer im gleichen Job.

Das ist und bleibt ein Skandal, Kolleginnen und Kollegen!

Damit diese unglaubliche Ungerechtigkeit in den Betrieben erkennbar wird, ist mehr Transparenz unabdingbar. Deswegen ist es gut, dass das Entgelttransparenzgesetz auf den Weg gebracht ist, auch wenn noch gehöriger Nachbesserungsbedarf besteht.

Schauen wir in die Metall- und Elektroindustrie. Der Abstand zwischen Männern und Frauen beträgt bei Fachtätigkeiten in Betrieben mit Tarifbindung 3,7 Prozent.

Das ist ungerecht und muss ausgeglichen werden. Selbstverständlich.

Tatsache ist aber: Bei nichttarifgebundenen Betrieben ist der Abstand zwischen Männern und Frauen 14,2 Prozent. Das ist ein Skandal! Das ist nicht hinnehmbar, Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen die Tarifbindung stärken! „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – dafür ist und bleibt die Voraussetzung die Tarifbindung. Die Tarifbindung ist für uns Gewerkschaften das Gerechtigkeitsthema Nummer 1!

Wie sieht denn die Wirklichkeit in Deutschland denn aus? Tatsache ist: Der Kollege in einem Metallbetrieb ohne Tarifbindung, der die gleiche Arbeit verrichtet wie sein Kollege im Betrieb mit Tarifbindung, erhält im Schnitt 24,6 Prozent weniger Entgelt! 24,6 Prozent weniger, Kolleginnen und Kollegen! Und tagtäglich begehen Arbeitgeber Tariffucht.

Die Tarifbindung ist auf 49 Prozent abgesackt. Im Jahr 1998 waren es noch 63 Prozent.

Das Ergebnis? Millionen von Beschäftigten sind ohne Tarifvertrag. Sie leben in einem permanenten Zustand der Verunsicherung. Einkommens- und Lebensbedingungen klaffen immer weiter auseinander.

Tariffucht hat viele Gesichter: Ausgründungen, Austritte aus Arbeitgeberverbänden oder diese unsäglichen OT-Mitgliedschaften. Damit sabotieren Arbeitgeber ganz offen den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“!

Und sie betreiben ihren Wettbewerb über Lohndumping auf unsere Kosten!  
Hallo! Geht's noch? Wir müssen das anpacken und die Tarifbindung stärken, Kolleginnen und Kollegen! Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss erleichtert werden. Bei Betriebsübergängen und Ausgliederungen muss die Tarifbindung schlichtweg kollektiv weitergelten!

Schluss mit dem Rausschleichen aus der Verantwortung!

Für nicht-tarifgebundenen Betrieben müssen die Hürden deutlich höher geschraubt werden, Schmutzkonzurrenz über Dumpinglöhne betreiben zu können.

Wir wollen Tarifverträge für alle, Kolleginnen und Kollegen!

Tarifverträge sind auch in der sogenannten vierten industriellen Revolution das richtige Gestaltungsmittel.

Die Produktionsweise verändert sich massiv, Kolleginnen und Kollegen.

Sicher ist auf jeden Fall, dass den Beschäftigten neue, breitere Qualifikationen abverlangt, dass sich Arbeitsplätze und Arbeitsorganisation verändern werden.

Die Frage der Zukunft wird noch mehr eine Frage der Fachkräfteentwicklung. Ohne Arbeit 4.0 keine Industrie 4.0! Dabei geht es nicht um noch weitere Akademisierung. Im Gegenteil. Es kommt auf die Fort- und Weiterbildung in den Betrieben an, auf die Erleichterung des innerbetrieblichen Fortkommens, auf strategische Personalentwicklungspläne und Bildungsbedarfsanalysen.

Und es kommt darauf an, junge Kolleginnen und Kollegen gezielt zu fördern und gleichzeitig die Bedingungen für die Älteren zu verbessern. Wir brauchen endlich alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, Kolleginnen und Kollegen!

Die Kitas und Schulen brauchen mehr Fachpersonal.

Die Warteschleifen im Übergang von Schule zu Beruf müssen verschwinden.

Jugendliche mit schlechten Startchancen brauchen mehr Unterstützung bei der Berufsausbildung. Wir brauchen die Bildungsteilzeit.

So können sich Beschäftigte gezielt weiterbilden, neue Qualifikationen aufbauen, um den Wandel der Arbeitszeit zu bestehen.

Ob digital oder analog: Wir wollen die Arbeitswelt menschengerecht gestalten. Der Mensch steht im Mittelpunkt! Nicht der Wunsch der Arbeitgeber nach völlig überzogenen Margen!

Deshalb brauchen wir starke und unmittelbare Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie einen deutlichen Ausbau der Mitbestimmung.

Ob Arbeitszeit, Qualifizierung und Weiterbildung, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Datenschutz, Gleichstellung, Personalplanung oder Outsourcing – in all diesen Bereichen müssen Betriebs- und Personalräte garantierte Mitbestimmungsrechte haben. Wir sind fest entschlossen, die Zukunft der Arbeit mit praxistauglichen betriebs-, branchen- und tarifpolitischen Konzepten mitzugestalten. Dafür braucht Deutschland mehr Mitbestimmung! Zu Industrie 4.0 gehören Arbeit 4.0 und Mitbestimmung 4.0. Das sind Drillinge, Kolleginnen und Kollegen!

Wie sehen das alles die Beschäftigten? Wie Ihr sicher wisst, hat die IG Metall im Januar eine deutschlandweite Befragung der Beschäftigten gestartet. 681.241 Menschen aus rund 7.000 Betrieben im ganzen Land haben sich beteiligt. Das sind rund 170.000 mehr als vor vier Jahren bei unserer letzten Befragung. Damit ist unsere Befragung die größte Beschäftigtenbefragung Deutschlands. Die Ergebnisse unterstreichen, dass die Menschen sich fragen, wo ihr Platz in der neuen Arbeitswelt sein wird.

Natürlich wollen sie nicht unter die Räder geraten. Sie wollen sicher, gerecht und selbstbestimmt leben und arbeiten. 93 Prozent fordern Sicherheit und berufliche Perspektiven in der Arbeitswelt von morgen.

Über 96 Prozent wollen weiterhin ein starkes Arbeitszeitgesetz – mit Ruhezeiten und mit einem Recht auf Abschalten.

93 Prozent fordern eine Bildungspolitik, die Chancen unabhängig von der Herkunft eröffnet und für jeden ein verbrieftes Recht auf betriebliche Weiterbildung garantiert. Für 92 Prozent steht das Thema Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ganz oben auf der Agenda.

90 Prozent fordern ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Liebe CDU/CSU, das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl: Gebt Eure Blockade auf!

92 Prozent fordern einen besseren Schutz von Tarifverträgen durch den Gesetzgeber. Arbeitgeber sollen sich nicht länger durch Auslagerungen oder Umstrukturierungen vor Tariflöhnen drücken können.

91 Prozent fordern gleiche Einkommen und gleiche Chancen für Männer und Frauen.

95 Prozent finden den Zusatzbeitrag bei der Krankenkasse ungerecht. Sie fordern die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung.

85 Prozent wollen ein höheres Rentenniveau. Dafür sind sie auch bereit, höhere Rentenbeiträge in Kauf zu nehmen.

Das gilt auch für die Jüngeren: In keiner Altersgruppe ist die Zustimmung in dieser Frage niedriger als 77 Prozent.

89 Prozent wollen die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, von Minijobs und prekärer Soloselbstständigkeit aus.

Und Mehr als drei Viertel der Beschäftigten fordern eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften.

Das sind klare Ansagen, Kolleginnen und Kollegen!

Und zwar nicht nur von Gewerkschaftsmitgliedern:

Fast 40 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind Nicht-Mitglieder.

Beziehungsweise „Noch-Nicht-Mitglieder“. Denn sie wollen wir möglichst zügig für die Gewerkschaften gewinnen!

Kolleginnen und Kollegen, die Ergebnisse verdeutlichen uns, was die Beschäftigten wollen. Ganz ähnliche Ergebnisse würden Befragungen auch in anderen Wirtschaftssektoren ergeben. Da bin ich sicher.

Deshalb sage ich: Lasst uns mit den Ergebnissen unserer Befragung unsere Forderung in den Betrieben, in den Branchen und gegenüber Parlament und Regierung schärfen.

Wenn die Arbeitgeber etwa behaupten, dass ein Arbeitszeitgesetz mit Höchstgrenzen und festen Ruhephasen nicht mehr zeitgemäß sei, dann kann ich nur sagen: Das sehen 96 Prozent der Beschäftigten ganz anders. Ihnen ist das Recht auf Abschalten äußerst wichtig.

Und die Beschäftigten wollen Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt. Sie setzen dabei auf die Gewerkschaften und ihr politisches Gewicht.

Das unterstreicht die große Beteiligung an der Befragung – weit über unsere Mitglieder hinaus.

Kolleginnen und Kollegen, dem müssen wir Gewerkschaften gerecht werden – in der Betriebs- und Tarifpolitik, aber auch in der Branchen- und Industriepolitik.

Auch wenn so manche Arbeitgeber marktgläubig bis zur Naivität sind – für uns ist es eine Binsenweisheit: Der Markt regelt nicht alles.

Oder anders gesagt: Für viele Bereiche sind Marktmechanismen schlichtweg kontraproduktiv.

Deshalb müssen wir Gewerkschaften auch dafür Sorge tragen, dass die Interessen der Beschäftigten in der Branchen- und Industriepolitik Gehör finden und eine gewichtige Rolle spielen. In Berlin und in Brüssel.

Die Rolle der Politik ist nicht zu unterschätzen. Dafür müssen wir nicht bis nach China schauen. Das sehen wir in Frankreich, Großbritannien oder in den USA.

Die Politik bestimmt nicht nur die Rahmenbedingungen wie Steuerrecht oder Wettbewerbsrecht.

Die Politik betreibt mehr oder weniger offensiv Branchen- und Industriepolitik. In Frankreich mehr, in Deutschland weniger.

Aber auch in Deutschland haben wir in den letzten Jahren eine deutliche Stärkung der Industriepolitik durch den ehemaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erlebt. Im Ministerium wurde eine Abteilung Industriepolitik gegründet, industriepolitische Dialoge mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern wurden aufgesetzt.

Die Tore des Ministeriums stehen heute auch für Arbeitnehmervertreter offen; das war bei der Vorgängerregierung nicht so selbstverständlich.

Wir als IG Metall unterstützen das nicht nur, wir haben offensiv darauf hingewirkt. Und wir arbeiten jetzt aktiv an der Weiterentwicklung mit.

Was wir in den letzten Jahren erreicht haben, lassen wir uns nicht wegnehmen – auch nicht nach der Bundestagswahl: Wir wollen die arbeitnehmerorientierte Industriepolitik ausbauen!

Arbeit der Zukunft, Tarifbindung, Mitbestimmung, soziale Sicherung und Industriepolitik – ich habe viele unserer Forderungen an Parlament und Regierung genannt.

Uns geht es darüber hinaus um die Auflösung des Investitionsstaus: Wir wollen keine maroden Brücken, löchrigen Straßen, geschlossenen Schwimmbäder und Bibliotheken oder kaputte Schulen.

Die heilige Kuh der „schwarzen Null“ im Haushalt muss endlich geschlachtet werden, Kolleginnen und Kollegen!

Wir brauchen eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur, einen zuverlässigen und bürgernahen öffentlichen Dienst und innere

Sicherheit für alle – unsere Kolleginnen und Kollegen von der GdP beziffern den zusätzlichen Personalbedarf bei der Polizei auf 20.000 Stellen!

Wir brauchen Investitionen in Bildung, in Gesundheit und Pflege, in den Wohnungsbau, in die Verkehrsnetze, in die digitale Infrastruktur und vieles mehr.

Und Deutschland muss endlich umverteilen! Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.

Das reichste eine Prozent in Deutschland hält über 24 Prozent des Gesamtvermögens. Aber 40 Prozent haben überhaupt keine Rücklagen oder sind verschuldet.

Einige Wenige bekommen über das Hundertfache eines Normalverdieners. Gleichzeitig lebt jeder Siebte in Armut, fast drei Millionen Kinder wachsen in Armut auf.

Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Ungleichheit ist das Ergebnis jahrelanger Umverteilung von unten nach oben. Wir fordern Verteilungsgerechtigkeit, Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern eine gerechte Steuerpolitik!

Wir fordern einen deutlich höheren Grundfreibetrag, aber auch einen Spitzensteuersatz, der wirklich nur Spitzenverdiener betrifft!

Wir fordern die Erhebung der Vermögenssteuer und eine Erbschaftsteuer, die diesen Namen auch verdient.

Wir fordern die höhere Besteuerung der Kapitalerträge. Wenn Arbeit mit bis zu 43 Prozent besteuert wird, dann sind maximal 25 Prozent auf Kapitalerträge ein schlechter Witz!

Und wir fordern eine Finanztransaktionssteuer in Europa.

Kurzum: Starke Schultern müssen mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen und die Schwachen müssen entlastet werden.

In wenigen Tagen sind Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, dann in Nordrhein-Westfalen. Im September haben wir die Bundestagswahl.



Wir Gewerkschaften zeigen in diesen Wahlkämpfen klare Kante!

Wir stehen ein für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit – für eine Politik, die unseren Staat wieder handlungsfähig macht. Für eine Politik, die den Menschen Sicherheit, Vertrauen und Perspektiven gibt.

Und nicht die Angst schürt, wie es die Rechtspopulisten von der AfD als Geschäft betreiben.

Unsere Motivation ist die Solidarität. Dagegen betreibt die AfD die Spaltung. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter binden Menschen ein, die AfD grenzt Menschen aus.

Wir stehen zusammen!

Wir sind viele. Wir sind eins.